

21 Prozent Ausgeschlossene

Israel will seine arabische Bevölkerung nicht im eigenen Land ankommen lassen

Von Knut Mellenthin



REUTERS/Ammar Awad

Eine arabisch-israelische Wählerin gibt ihre Stimme am 2. März in Tamra ab

Die Zionisten haben es, wenn auch nicht völlig unwidersprochen, geschafft, jede auch nur theoretische Überlegung, Israel könne eine Art von Apartheidstaat sein oder sich in diese Richtung entwickeln, als schlimmsten Antisemitismus zu brandmarken. Trotzdem weisen die Fakten genau darauf hin: 21 Prozent der israelischen Bevölkerung werden systematisch und total von jeder politischen Einflussnahme ausgeschlossen, weil sie Araberinnen und Araber sind. Erstere dürfen zwar z. B. in Uniform für israelische Medien posieren und davon träumen, die erste Polizeipräsidentin ihres Landes mit Kopftuch zu werden. Aber einen arabischen Minister oder gar eine arabische Ministerin gab es in Israel noch nie, seit Gründung des zionistischen Staats 1948.

Ein Ausdruck der Problematik ist, dass die fast ausschließlich arabische Gemeinsame Liste zwar drittstärkste Fraktion in der Knesset, ist, aber in allen Berechnungen über mögliche Regierungsbildungen nicht die geringste Rolle spielt. Für Langzeitpremier Benjamin Netanjahu ist das ohnehin selbstverständlich. Aber auch Oppositionsführer Benny Gantz von den »Blau-Weißen«, die sich politisch in der Mitte verorten, hat geschworen, dass einer von ihm gebildeten Regierung die Gemeinsame Liste keinesfalls angehören dürfte. Darüber hinaus hat er sogar versprochen, dass er nie Chef einer Regierung werden würde, die von der Zustimmung oder auch nur der Stimmenthaltung dieser Liste abhängt. Das aber bedeutet nach aller Voraussicht, dass Gantz niemals Premier werden kann und das anscheinend auch gar nicht ernsthaft will.

Die Gemeinsame Liste, ein Zusammenschluss von vier Parteien oder Parteiverbindungen, hat bei der Parlamentswahl am 2. März laut vorläufigem Endergebnis 577.355 Stimmen auf sich vereint. Das entspricht einem Anteil von 12,61 Prozent –

vermutlich wird sie 15 der insgesamt 120 Sitze in der Knesset haben. Das ist das beste Ergebnis, seit die Liste im Januar 2015 gegründet wurde.

Auslöser für die Gründung des Bündnisses war, dass der zionistische Staat die Sperrklausel für den Zutritt zur Knesset von zwei auf 3,25 Prozent angehoben hatte. Das hätte für die meisten oder alle arabischen Parteien das Ende bedeutet. Ebenso wie andere israelische Parteien wurden damit auch sie zu Listenverbindungen gedrängt. Auf diese Weise entstand eine Zusammenarbeit, die in der ganzen arabischen Welt außerordentlich und einmalig sein dürfte: Unter dem Dach der Gemeinsamen Liste versuchen Sozialisten, Nationalisten, islamische Fundamentalisten, Feministinnen und Liberale konstruktiv miteinander zurechtzukommen.

Das ist selbstverständlich nicht immer einfach, ein- oder zweimal spaltete sich die Liste oder löste sich kurzzeitig auf, um dann doch wieder unter dem Zwang der Umstände zusammenzufinden. Schwer zu überbrückende Meinungsverschiedenheiten ergeben sich hauptsächlich in allgemeinen Fragen der Zusammenarbeit mit dem zionistischen Staat und insbesondere der taktischen Unterstützung zionistischer Parteien, die in Konkurrenz zu Netanjahus Likud stehen.

Die vermutlich wichtigste Rolle spielt dabei der Vorsitzende der sozialistischen, auch schon mal als kommunistisch bezeichneten Partei Chadasch, Aiman Odeh, der zugleich auch als Führer der Gemeinsamen Liste auftritt. Er ist 1975 in Haifa geboren und dort aufgewachsen und vertritt eine »gemäßigte« und pragmatische Politik. Seine Sternstunde hatte er in der Kampagne zur Parlamentswahl im März 2015, als ihn in einer Fernsehdebatte der Chef der ultrazionistischen Partei Israel Beitenu, Avigdor Lieberman, mit der Aussage anrüpelte, Odeh sei in Israel »unerwünscht«. Dieser antwortete, das Land sei seine Heimat. Lieberman dagegen war 1978 aus der Sowjetunion eingewandert. Damit benannte er ein zumindest aus arabischer und palästinensischer Sicht grundsätzliches Problem des zionistischen Staates.